

Fraktion Bund für Magdeburg

Stellungnahme zur Haushaltsdebatte 2007

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren!

Der vorgelegte Haushaltsentwurf der Landeshauptstadt Magdeburg für das Jahr 2007 weist einen Fehlbedarf von ca. 112 Mio ? auf. Die Zinsbelastung wird im kommenden Jahr etwa 17 Mio ? betragen.

Wir geben erheblich mehr Geld aus, als durch Zuweisungen, Steuern und Abgaben zur Verfügung steht.

Die vorgesehene Haushaltskonsolidierung ist mehr als gefährdet, und das trotz deutlich erkennbarer Sparmaßnahmen. Die Ursachen für diese Entwicklung wurden schon mehrfach genannt.

Das bedeutet: Wir leben über unsere Verhältnisse.

Selbstverständlich kann man über diese und jene Ausgabe im Stadthaushalt unterschiedlicher Auffassung sein, aber im Grunde genommen sind die Möglichkeiten der Stadt zu sparen ausgereizt

Die gesetzlichen Bestimmungen des SGB II verpflichten uns im Jahr 2007 und in den unmittelbar folgenden Jahren zu einer weiteren Verschuldung. Die zurückgehenden Zuweisungen des Landes tun ihr übriges.

An diesen Verhältnissen wird sich in den nächsten Jahren grundsätzlich nichts ändern.

Es ist im Großen wie im Kleinen, wenn nicht genug Geld zur Verfügung steht, muss überlegt werden, wie die Einnahmen gesteigert werden können.

Eine weitere Erhöhung der kommunalen Steuern und Abgaben ist aus unserer Sicht gegenüber den Bürgern der Stadt nicht zu vertreten.

Auch der Hebesatz der Gewerbesteuer hat nach unserer Meinung die Schmerzgrenze erreicht.

Eine Patentlösung für die kurz dargestellten Probleme hat unsere Fraktion auch nicht.

Aber abgesehen von der immer wieder geforderten Förderung der Ansiedlung produzierenden Gewerbes und der Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze, die richtig aber sicher kurzfristig nicht zu erreichen sein wird, möchten wir zwei Gedanken äußern:

Wie schon von anderen Fraktionen des Stadtrates geäußert muss überlegt werden, welche kommunalen Einrichtungen und Betriebe, welches städtische Eigentum veräußert werden kann, um einen Schuldenabbau der Stadt zu erreichen.

Dabei muss es sich um eine gründliche Prüfung der vorhandenen Möglichkeiten handeln. Es muss eine ergebnisoffene Diskussion möglicherweise ketzerisch erscheinender Gedanken geführt werden, um zu einem Ergebnis zu kommen, dass den Bürgern der Stadt Nutzen bringt und den Handlungsspielraum der Stadt sicherstellt.

Ob es sich um den Verkauf der Wobau, der Veräußerung von Sport- oder Freizeiteinrichtungen, oder um die Vermarktung nicht benötigter öffentlicher Gebäude und Einrichtungen handelt, ist völlig offen.

Notwendig ist ein kritisches Hinterfragen, welches städtische Eigentum unverzichtbar ist, was die Stadt unbedingt vorhalten muss und wo es Handlungsspielraum gibt.

Der zweite Gedanke: An der Eingemeindung von Barleben und Sülzetal führt kein Weg vorbei.

Alles Gerede über Zweckverbände u.ä. hat bisher zu keinem greifbaren Ergebnis geführt und wird auch in Zukunft, wenn das Prinzip der Freiwilligkeit bestehen bleibt, nichts bringen.

Wir als Stadträte der Stadt Magdeburg müssen das fordern, was unserer Stadt nutzt, was der Entwicklung unserer Stadt zuträglich ist. Davon profitiert letzten Endes auch das Umland.

Das sich beide Gemeinden mit Händen und Füßen gegen eine Fusion mit der Landeshauptstadt sträuben, ist aus der Sicht dieser durchaus verständlich.

Aber es kann doch nicht angehen, dass beide Gemeinden die Potentiale Magdeburgs nutzen, aber sonst kaum bereit sind sich an den Lasten zu beteiligen.

Daran ändert sich aus meiner Sicht auch nichts, in dem sich die Gemeinde Barleben als Alibi - Argument mit einer vergleichsweise geringen Summe an der neu gegründeten Zoo-GmbH beteiligt.

Für diese Eingemeindungen bedarf es der Unterstützung der Landesregierung unseres Bundeslandes.

Wenn es schon nicht möglich sein soll durch entsprechende finanzielle Zuweisungen seitens des Landes zur Konsolidierung des Haushaltes der Landeshauptstadt beizutragen, müssen wir die Unterstützung der Landesregierung auf allen anderen Gebieten einfordern.

Eine Eingemeindung an sich kann aber nicht die alleinige Lösung sein.

Es kommt darauf an die positiven Erfahrungen, die unkomplizierte Arbeitsweise dieser Gemeinden bei der Ansiedlung von Betrieben zu nutzen. Es sollte nicht nur eine Fusion der Territorien, sondern auch eine Zusammenkommen von Initiativen, Ideen, Erfahrungen und Arbeitsweisen sein.

Auch die personellen Ressourcen, die individuellen Erfahrungen und Verbindungen der Mitarbeiter und verantwortlichen Leiter in der Verwaltung der Umlandgemeinden müssen genutzt werden.

Es soll zusammenkommen, was schon zusammengewachsen ist.

Einen dritten Gedanken möchte ich noch als ganz persönliche Meinung äußern:

Die Erfahrungen eines kommunalpolitischen Neulings nach der Hälfte der Legislaturperiode, und diese Äußerung ist mit niemanden abgesprochen, ist, dass eine Fraktion, die unter den Bedingungen des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg nur aus zwei Stadträten besteht, erhebliche Kosten verursacht.

Auch in der täglichen kommunalpolitischen Arbeit hat eine so kleine Fraktion immer Probleme die Sachfragen mit der notwendigen Kompetenz auszufüllen.

Es fragt sich, ob diese Kosten, die mit der Einrichtung und Unterhaltung einer Fraktionsgeschäftsstelle für 2 Stadträte verbunden sind, gerechtfertigt sind.

Macht es nicht Sinn die Gemeindeordnung Sachsen - Anhalt so zu ändern, dass in den kreisfreien Städten erst ab 4 Gemeinderäten die Bildung einer Fraktion mit allem Drum und Dran möglich ist?

Erreichen Wählergemeinschaften oder Parteien diese Anzahl der erforderlichen Mandate nicht, können sich die gewählten Stadträte ohneweiteres andere Gruppierungen aus organisatorischen Gründen anschließen ohne ihre Unabhängigkeit zu verlieren.

Neben der Kostenersparnis würde aus meiner Sicht daraus eine höhere Effektivität der kommunalpolitischen Arbeit resultieren.

Wir sollten durch eine solche Maßnahme, die eine Änderung der Gemeindeordnung des Landes und der Geschäftsordnung impliziert, zum Ausdruck bringen, dass wir nicht nur von anderen Sparmaßnahmen verlangen, sondern selbst bereit sind uns an diesen Einsparungen zu beteiligen.